

Inserate
werden angenommen
in den Expeditionen
der Zeitung, Wilhelmstr. 17.
H. J. Schlegel, Copierant,
H. J. Schlegel, u. Breiterstr. 1. Eds.
Otto Kiehl, in Firma
H. J. Schlegel, Wilhelmstr. 17.

Verantwortlicher Redakteur:
A. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde
von 9-11 Uhr Vorm.

Posener Zeitung

Hundertundzweiter

Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Expeditionen der Zeitung, Wilhelmstr. 17.
H. J. Schlegel, Copierant,
H. J. Schlegel, u. Breiterstr. 1. Eds.
Otto Kiehl, in Firma
H. J. Schlegel, Wilhelmstr. 17.

Verantwortlich für den Inseratenteil:
W. Braun in Posen.

Verantwortlich für den Inseratenteil:
W. Braun in Posen.

Verantwortlich für den Inseratenteil:
W. Braun in Posen.

Verantwortlich für den Inseratenteil:
W. Braun in Posen.

Nr. 877

Montag, 16. Dezember.

1895

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung vom 14. Dezember, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Eingegangen ist das **Margarinegesetz** und die **Zusatznovelle**.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Die erste Beratung des **Gesetzentwurfs**, betreffend die **Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs** wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **Vielhaber** (Antikont.): Grabe meine Partei hat an diesem Gesetzentwurf ein ganz besonderes Interesse, da sie mehr als andere Parteien die Interessen des Mittelstandes zu vertreten sich bemüht. Die Mischlinge, die sich auf gewerblichem Gebiete durch den unlauteren Wettbewerb ergeben, sind eine Folge der schrankenlosen Freiheit des Erwerbslebens. Diese Schrankenlosigkeit im Verein mit der zunehmenden Genußsucht führt auch zur Schwächung des Volks, jeder Mensch ist heute körperlich und geistig schlapp, die Zahl der militärfähigen Personen geht immer mehr zurück. Deshalb muß man auf andere Mittel finden, es muß Ordnung auf dem Gebiete des Erwerbslebens geschaffen werden, derjenige, der einen wirtschaftlichen Vordruck begehrt, darf nicht mehr als reicher Kaufmann betrachtet werden. Das vorliegende Gesetz erfüllt nicht alle Wünsche der Bevölkerung. Anstatt der hiesigen Spezialien, müßten mehr allgemeine Vorschriften, die weniger zu umgehen sind, erlassen werden. Wenn ich auch im Prinzip mit dem § 9 einverstanden bin, so halte ich doch die jetzige Fassung für ungeeignet, da sie die Angestellten zu hart belastet. Ich beantrage, die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, damit auch meine Fraktion in der Kommission vertreten ist. (Beifall bei den Antikonten.)

Abg. **Singer** (Soz.): Der Staatssekretär hat mir gestern mit einer Antwort geantwortet, die ich mir nur erklären kann aus dem Mangel an Gründen gegen meine Kritik des Entwurfs. Richter, objektiver und sachlicher, als ich gestern geredet habe, kann keiner sprechen. Gegen den § 5 habe ich mich nur gewendet, weil ich im Allgemeinen gegen die Ausdehnung der Befugnisse des Bundesrats bin, denn die Erfahrungen, die wir bei anderen Gesetzen gemacht haben, haben uns gezeigt, daß der Bundesrat sich dem Einflusse des Unternehmertums sehr zugänglich zeigt. Meine Bedenken gegen den § 9 halte ich auch heute noch aufrecht. Im Uebrigen ist es unrichtig, daß ich mich grundsätzlich gegen die Vorlage erklärt habe. Der Staatssekretär scheint dazu bestimmt zu sein, gerade uns Sozialdemokraten entgegenzutreten. Und doch ist es nicht unsere Schuld, wenn wir genötigt sind, Vorkommnisse aus höheren Kreisen hier zur Sprache zu bringen.

Staatssekretär v. **Böttcher**: Ich bin mir einer Nervosität bei meiner gestrigen Rede nicht bewußt. Wenn ich etwas lebhafter als sonst geworden bin, so trägt der Vorredner die Schuld, der der Regierung den Vorwurf machte, ein Gesetz zur Förderung der Niedertracht und Ausbeutung eingebracht zu haben. (Abg. **Singer**: Das gilt nur für § 9.) Eine Verpflichtung, alle Anschauungen der Sozialdemokraten zu bekämpfen, besteht für mich nicht, wenn es den Sozialdemokraten ernst ist, die Ausbreitungen des unlauteren Wettbewerbs zu bekämpfen, so werde ich gern Schulter an Schulter mit Ihnen kämpfen. Im Uebrigen wird es nicht an mir liegen, wenn die Herren etwa genötigt sein sollten, über Amoralität in höheren Gesellschaftsklassen zu diskutieren.

Hierauf wird der Gesetzentwurf an eine Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des **Gesetzentwurfs**, betr. die **Abänderung des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften**. (Strafbestimmungen für den Verkauf seitens der Konsumvereine an Nichtmitglieder.)

Abg. Dr. **Pöhl** (Chr.): Der vorliegende Entwurf geht nicht so weit wie unser früherer Antrag. Nach unserem Vorschlage sollten auch Nichtmitglieder, die gewerbmäßig aus Konsumvereinen ihre Waren beziehen, bestraft werden, die Vorlage weiß nichts davon, sie will nur dann eine Bestrafung eintreten lassen, wenn ein Nichtmitglied sich der Begittimation eines anderen zum Zwecke der Entnahme von Waren bedient. Auch der damaligen Anregung der National Liberalen, die Bestimmungen für die Konsumvereine auf Konsumvereine auszudehnen, ist in der Vorlage nicht Folge gegeben. Wir haben noch eine ganze Reihe von Wünschen, die wir gern berücksichtigt sähen. Wir werden in der Kommission weitergehende Anträge stellen. Ich beantrage deshalb Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. Dr. **Pöhl** (Chr.): Der der Vorlage zu Grunde liegende Gedanke ist der, daß der Staat im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit wirken muß, nicht aber dem einen Stande Vorteile vor dem anderen zuzuwenden darf. Die Konsumvereine sind nur berechtigt innerhalb des ursprünglichen Zweckes ihrer Mitglieder billige Nahrungsmittel zu verschaffen; so weit sie über diesen Zweck hinausgehen, sind sie Auswüchse, und diesen Auswüchsen muß man entgegenzutreten. Dazu ist die Vorlage sehr wohl geeignet. Die einzige darin vorgesehene Ausnahme zu Gunsten der Landwirtschaft ist berechtigt, weil sie in der Natur der Sache liegt und niemanden schädigt. Die Konsumvereine wollten nur notwendige Lebensmittel verkaufen, statt dessen besaßen sich einige Vereine mit dem Verkauf von Bier und Branntwein und untergraben den Wohlstand des Volks, ganz abgesehen davon, daß sie durch Einrichtung einer Gaststube die gesetzlichen Bestimmungen umgehen. Ich will den Konsumvereinen nicht überhaupt den Verkauf von Bier und Branntwein verbieten, aber solche Auswüchse müssen bekämpft werden. Im allgemeinen stehen wir dem Entwurf sympathisch gegenüber und werden versuchen, nach Möglichkeit denselben zu verbessern.

Abg. v. **Carlsberg** (Vole) stimmt dem Entwurf gleichfalls zu. Er verweist auf die schweren Schädigungen, denen die kleinen Gewerbetreibenden in den polnischen Landeshellen nicht bloß durch die Konsumvereine, sondern namentlich auch durch die großen Warenhäuser für Offiziere und Beamte ausgesetzt seien. Zu der Schädigung durch die Konsumvereine komme der weitere Uebelstand,

daß der D.-K.-L.-Verein (Vetterlein) seine Mitglieder veranlasse, die Läden der polnischen Gewerbetreibenden thutlich zu meiden. Die polnischen Gewerbetreibenden händen daher unter einem doppelten Druck und begünstigen schon deshalb die Einschränkung der Konsumvereine, weil sie wenigstens nach der einen Seite hin etwas Luft bekommen. Diese Gewerbetreibenden litten aber auch noch schwer unter der Konkurrenz der Gefängnisarbeit. Es betreffe dies namentlich die Schuhmacher, welcher durch die fabelhaft billige Gefängnisarbeit in Bromberg ganz ungemessene Konkurrenz gemacht werde. Es müsse den Gefängnisverwaltungen zur Pflicht gemacht werden, daß sie nur zum Selbstkostenpreis und ohne Verdienst verkaufen dürfen. Redner beantragte ebenfalls Verweisung an eine Kommission.

Abg. Dr. **Schneider** (Freil. Vpt.): In den Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes über die Konsumvereine, auf welche die Vorlage Anwendung finden soll, ist nur die Rede von Vereinen zum gemeinsamen Ankauf von Lebensmitteln. Es ist aber nichts von notwendigen Lebensbedürfnissen darin gesagt. Wenn also hier der Wunsch geäußert wird, die Konsumvereine möchten sich auf die Beschaffung der notwendigen Lebensmittel beschränken, so findet dieser Wunsch in den gesetzlichen Bestimmungen gar keine Grundlage. Eine gesetzgeberische Festlegung desselben würde auch außerordentlich schwer sein, da über das, was notwendig ist, die individuellen Verhältnisse zu entscheiden haben. Je verschiedener die Zusammensetzung eines Konsumvereins ist, um so verschiedener wird der Preis der notwendigen Lebensmittel sich gestalten. Es ist ferner die Absicht des Gesetzgebers, den landwirtschaftlichen Konsumvereinen eine Ausnahmestellung zu gewähren und ihnen zu gestatten, auch an Nichtmitglieder zu verkaufen. Ich betone das besonders gegenüber den Ausführungen, die der Abg. Frhr. v. Stumm am 17. Januar 1894 auf eine Rede des Abg. Clemm gemacht hat, daß nämlich diejenigen Vereine, die Rohstoffmaterialien gemeinsam kaufen, nicht das geringste Interesse daran haben, daß an Nichtmitglieder verkauft wird. Gegenüber den Klagen, die seitens der Agitation gegen die Konsumvereine laut werden, ist es nötig, auf die Verbreitung der Konsumvereine hinzuweisen. Die gesamte Zahl derselben betrug im Mai 1895 1412, die sich auf etwa 1400 Orte verteilen. Daraus geht hervor, daß in einer großen Zahl von Orten Deutschlands keine Konsumvereine bestehen und auch schwerlich Aussicht auf Entstehung haben, da in diesen Orten der Kleinhandel in solchen Häuden liegt und die Preise sich günstig gestalten haben. 58 Proz. der Mitglieder der Konsumvereine sind unselbständige Arbeiter, denen es sehr darauf ankommen muß, ihre Bedürfnisse billiger zu beschaffen, eine Tatsache, die von großer sozialpolitischer Tragweite ist. Dazu kommen 29 400 selbstständige Handwerker, die doch selbstverständlich den Konsumvereinen nur beitreten, weil sie von dem Vorteil derselben überzeugt sind und keine Schädigung ihrer Interessen befürchten. Zu den Mitgliedern gehören ferner 8196 Landwirthe, einige Kaufleute, Beamte u. s. w. Außerdem bestehen noch 1077 landwirtschaftliche Konsumvereine, deren Zahl im letzten Jahre etwas zurückgegangen ist, während die Zahl der anderen sich gehoben hat. Früher hat die Regierung entschieden Stellung genommen gegen die Einführung des Verbots des Verkaufs an Nichtmitglieder, und ich bebaure, daß sie jetzt einen anderen Standpunkt einnimmt. Es ist schwer verständlich, warum durch die Bestimmungen der Vorlage eine Ausnahmestellung und Erleichterung für die landwirtschaftlichen Konsumvereine geschaffen wird. Deren Mitglieder werden gar nicht wissen, was sie mit den Bestimmungen des Gesetzes anfangen sollen. Es läßt sich nachweisen, daß die Zahl der auf Grund des Genossenschaftsgesetzes eingetragenen landwirtschaftlichen Vereine, z. B. im Großherzogthum Baden in der Abnahme begriffen ist. Die Mitglieder ziehen es vor, sich außerhalb des Gesetzes zu stellen und die Geschäfte als freier nicht eingetragener Verein fortzuführen. Der Rückgang fällt ausschließlich auf die eingetragenen landwirtschaftlichen Konsumvereine. Es kann also für die verbündeten Regierungen keine Veranlassung vorliegen, diese Bewegung noch dadurch zu unterstützen, daß sie solche Ausnahmebestimmungen in das Gesetz hineinbringen. Auch in anderen Landestheilen, z. B. in Schleswig-Holstein, besteht vielfach beim Landvolk eine entschiedene Abneigung gegen die Stellung unter das Genossenschaftsgesetz. Die landwirtschaftlichen Vereine gewähre Erleichterung hat die prinzipielle Bedeutung, daß die verbündeten Regierungen ihre gesetzlichen Bestimmungen nicht gerade als unantastbares Evangelium betrachten. Für die Regierung sollen zu diesen Änderungen angeblich sozialpolitische Gesichtspunkte maßgebend gewesen sein. Damit wird gewissermaßen das Prinzip der Verantwortlichkeit des Reiches für die wirtschaftlich schwachen Eritzen festgelegt, welche aus eigener Hilfe nicht durchkommen können. Dieses Prinzip würde aber zu sehr bedenklichen Konsequenzen führen. Wenn die Regierung sich auf diesen Standpunkt stellt, so wird sie sich schließlich auch nicht gegen den Antrag Rant ablenkend verhalten dürfen. Die Herren, die diesen befürworten, wollen ja auch nur geklopft sein gegen die Konkurrenz des ausländischen Getreides, weil sie sonst angeblich nicht bestehen können. Neuerdings fördert ja die Regierung die Rohstoff-Genossenschaften der Handwerker, die doch gerade auch anderen Geschäftsleuten Konkurrenz machen. So wird zum Beispiel der Absatz der Lederhändler vertingert dadurch, daß sich Rohstoff-Genossenschaften der Schuhmacher bilden. Es wird mir aus ansehnlicher fester Quelle mitgeteilt, daß der preussische Finanzminister 10 000 Mark für eine Agitation zur Gründung von Handwerker-Genossenschaften im Etat ausgesetzt hat. Hier will man also die Konkurrenz groß ziehen. Die Widersprüche bei diesem Vorgehen liegen auf der Hand. Niemand wird etwas dagegen haben, wenn der Staat eingreift, ohne die Interessen anderer zu verletzen, aber in erster Linie sollte man doch die bedrängten Kreise auf das Gebiet der Selbsthilfe verweisen. Das Reich würde nur insofern gesetzgeberisch eingreifen haben, als irgend welche Privilegien für Konsumvereine bestehen, die ihnen eine Bevorzugung gegenüber den konkurrierenden Geschäftsleuten einräumen. Daß den Vereinen eine rechtliche Grundlage gegeben ist, ist kein Privilegium; im Gegenteil, es ist Pflicht und Schuldigkeit des Staates, diese Vereine als juristische Personen anzuerkennen. Die angeblichen Steuerprivi-

legien der Konsumvereine sind eine Legende, die sich selbst auch bis in die Reihen des Bundesratsstuhls verbreitet hat. Die Konsumvereine haben, wie ich zahlenmäßig nachweisen kann, ziemlich hohe Steuern zu zahlen. So zahlt beispielsweise ein Verein 23 700 M. Straßsteuer und 15 000 M. Gebäudesteuer. Der Verkauf an Nichtmitglieder spielt in den Vereinen nur eine ganz untergeordnete Rolle. Dies ist auch leicht erklärlich, wenn man bedenkt, daß im Durchschnitt 1892 jedes Mitglied für 275 M., 1893 für 258 M., und 1894 für 289 M. Waaren gekauft hat, wobei in Betracht zu ziehen ist, daß hinter jedem Mitglieds durchschnitlich fünf Personen stehen. Das Verbot des Verkaufs an Nichtmitglieder läßt sich überhaupt nicht durchführen, sonst müßte jeder gezwungen werden, seine Mitgliedskarte oder sein Abzeichen bei sich zu tragen. Aber auch dann wird die Prüfung der Legitimationskarten in zahlreichen Fällen nicht möglich sein, es würden nur Unzufriedenheit und zahlreiche Unzuträglichkeiten sich ergeben. Wenn durch die Agitation gegen die Konsumvereine und in Folge dieses Gesetzes einige Konsumvereine sich auflösen sollten, so würden eben von einzelnen Kaufleuten zahlreiche neue Läden aufgemacht, die eine noch größere Konkurrenz machen würden. (Beifall links.)

Abg. **Wurm** (Soz.): Heute schlägt die Regierung das vor, was sie 1889 bekämpft hat. Was soll sich die Ansichten der Regierungen so geändert haben, geht aus den Motiven nicht hervor, die so nichtslagend sind, wie ich sie noch nie gefunden habe. Auch ist durchaus kein Beweis für die Behauptung erbracht worden, daß die Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden durch den Verkauf der Konsumvereine an Nichtmitglieder geschädigt würden. Die ganze Absicht dieses Gesetzes geht darauf aus, den Konsumvereinen die Existenz zu erschweren, sie ganz unmöglich zu machen. Wenn man aber die großen Konsumvereine verbieten will, dann könnte man eben so gut die großen Fabriken des Herrn von Stumm schließen, durch die doch sicher viele kleine Betriebe vernichtet sind, man müßte die Staatsbahnen verbieten und das Postregal aufheben. Jeder Kulturfortschritt zieht die Vernichtung zahlreicher kleiner Existenzen nach sich, durch die Eisenbahnen wurden die Postkutsche und Fuhrleute überflüssig, und wenn die Rauchverbrennung erst allgemein eingeführt wird, braucht man keine Schornsteinfeger mehr. Es ist eigenartig, daß die Sozialdemokraten heute die Konsumvereine verteidigen müssen, die doch ursprünglich gegründet sind, um die Sozialdemokratie kaputt zu machen. Die Konsumvereine haben den Zweck, dem kleinen Manne den Konsum zu verbilligen, während der Zwischenhandel, den man durch dieses Gesetz schaden will, auf dem Wege unlauteren Wettbewerbs die Waren verteuert. Es ist bedauerlich, daß die Regierung auf alle Wünsche der Reaktion eingeht, und die Arbeiter-Organisationen, auch wenn sie rein wirtschaftlicher Natur sind und nichts mit Politik zu thun haben, unmöglich machen will. Die Antwort hierauf werden wir am nächsten Wahltag geben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Fuchs** (Chr.): Die Konsumvereine haben in der That zahlreiche kleine Existenzen vernichtet, und deshalb ist es erklärlich, wenn die Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden ihnen feindselig gesinnt sind. Die Konsumvereine wirken genau so wie die großen Attiegegesellschaften, wenn das so weiter geht, werden wir bald nur eine Reihe großer kapitalistischer Unternehmungen und keine kleinen Gewerbetreibenden mehr haben. Man muß dahin streben, daß der Wohlstand unter möglichst große Massen verbreitet wird. (Aachen bei den Sozialdemokraten.) Auf den Unfuss, den Sie (zu den Sozialdemokraten) proklamieren, fallen wir nicht herein.

Abg. **Zimmermann** (Antik.): Hält den Entwurf für notwendig und nützlich, meint aber, daß er noch lange nicht allen berechtigten Wünschen des Mittelstandes entspreche. Vor allen Dingen müßte zum Schutze des gewerblichen Mittelstandes den Offizieren verboten werden, Mitglieder von Konsumvereinen zu werden. Besonders in großen Städten sei ein Bedürfnis für Konsumvereine nicht vorhanden, dort gäbe es hunderte leistungsfähiger Kaufleute. Die Konsumvereine seien die Todtengräber des Mittelstandes, deshalb nehmen sich auch die Sozialdemokraten ihrer so an. Denn nach der Ansicht der Sozialdemokraten thue das Kapital, einerlei, ob es beschnitten ist oder nicht, seine Pflicht, wenn es nur den Mittelstand ruiniere. Diese Waffen seien aus dem Arsenal des Liberalismus geholt. In Sachsen besonders würden die Konsumvereine auch zu politischen Zwecken von der Sozialdemokratie benutzt. Leider unterstützen die höchsten Rufe der Sozialdemokratie geradezu in diesem Bestreben. So bestrebe der Vorstand eines Konsumvereins in Stuttgart aus acht Staatsbeamten und acht Sozialdemokraten und die Verhandlungen dieses Vorstandes drehten sich doch nur darum, wie man die kleinen Geschäftsleute der Stadt ruinieren könnte.

Abg. **Frhr. v. Stumm** (Rechtspar): Wenn man in der Weise der Vorredner fortfahren will, die allereinsten Vorlagen lang und breit zu besprechen, so schädigt man aufs empfindlichste die Geschäfte des Hauses. Es wird dann sicher so gehen, wie im Vorjahre, wo eben alle Vorlagen und die wichtigsten Initiativanträge unter den Tisch fielen. Hier handelt es sich doch gar nicht um das Sein oder Nichtsein der Konsumvereine, sondern nur darum, ob diese auch an Nichtmitglieder verkaufen dürfen. Die Vorlage entspricht einem weit empfundenen Bedürfnisse, und deswegen müssen wir der Regierung dafür dankbar sein. In meinen letzten des Abg. Schneider citirten Worten finde ich keinen Widerspruch; man kann sehr wohl Freund der Konsumvereine und zugleich Anhänger dieser Vorlage sein. Der Abg. Wurm behauptet, daß die Konsumvereine weniger Schaden stiften als die großen Fabriken und besag sich dabei auf mich. Wenn ich von meinem Wahlkreise immer wiedergewählt werde, so ist das ein Beweis gegen die mir oft nachgesagte Tyrannie. Die Leute sehen, daß ich den Bedürfnissen des Mittelstandes entgegenkomme. Von den 140 000 Stämmen, die ich erhalten habe, sind höchstens 2000, über die ich disponieren könnte, die anderen rekrutieren sich meist aus dem Mittelstand.

Abg. Dr. **Kropatsch** (konf.): Ich erkenne die Bedeutung der Konsumvereine sehr wohl an und bin durchaus kein Gegner derselben. Die Auflösung von Konsumvereinen würde gar nicht dem kleinen Handwerker, sondern in erster Linie wieder dem Großkapitalisten zu gute kommen. Aber darum handelt es sich nicht, sondern nur darum, ob wir eine lex imperfecta beibehalten sollen oder

nicht. Diese Frage ist so einfach, wie möglich, ihre Notwendigkeit wird von meiner Partei anerkannt, und wir hoffen, daß in der Kommission etwas Brauchbares geschaffen wird. In einigen Punkten scheint das Gesetz einer Verbesserung bedürftig.

Abg. Zimmermann (Soz.): Es ist falsch, daß die Sozialdemokratie den Mittelstand vernichten will, die Sozialdemokratie ist nicht die Ursache, sondern die Folge des Untergangs des Mittelstandes. Wenn der Abg. Zimmermann meint, wir schaffen Konsumvereine, um die Leute, die nicht zu uns gehören, zu schädigen, so scheint er uns mit seiner Partei zu verwechseln, die offen Flugblätter mit der Aufschrift „Kauft nicht bei Juden“ verbreitet. Wir dürfen so etwas überhaupt nicht wagen, denn wir würden dann sehr bald gerichtlich dafür bestraft werden.

Abg. Zimmermann (Antik.) polemisiert gegen den Abg. Barm und behauptet, daß ihm der sozialdemokratische Buchdruckerbesitzer Schönfeld selbst zugestanden habe, man brauche die Konsumvereine zur Heranbildung der Agitatoren. Die „Sächsischen Arbeiterzeitung“ habe direkt Begünstigung der Großbetriebe empfohlen, um den Untergang des Kleinhandels zu beschleunigen.

Darauf wird der Entwurf einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Sodann vertagt sich das Haus auf Montag 12 Uhr. (Handwerkskammern, Antrag betr. die Aufhebung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Vögtel und Börsengesetz.)

Schluß 5 Uhr.

Deutschland.

□ **Berlin, 15. Dez.** [Bedenkliche Vorlagen.] Die Aussichten des Handwerkskammergesetzes sind offenbar sehr ungünstig. Weder den Konservativen, noch dem Centrum genügt die Vorlage, und in den anderen Parteien sieht man erst recht keine Notwendigkeit zu diesem Gesetz, das wie eine Hülle ohne Inhalt erscheint. Den Inhalt aber, der vielleicht nach dem Geheiß des Kunstlerthums später noch hineingefügt werden mag, will Keiner aus den Parteien links von den Konservativen und dem Centrum. Dazu kommt, daß unter den verbündeten Regierungen mehrfach ebenfalls keine Meinung besteht, sich auf dieses Gesetz intimer einzulassen. Die württembergische Regierung will überhaupt nichts davon wissen. Die Vorlage überläßt es allerdings im Wesentlichen den Einzelstaaten, ob sie von dem Gesetz Gebrauch machen wollen oder nicht, aber daraus kann nur zweierlei hervorgehen: Entweder bleibt das Gesetz in einzelnen Staaten unausgeführt, und dann werden bedauerliche Verschiedenheiten eintreten, oder aber es wird derart ausgeführt, daß die Absichten des Gesetzgebers dabei nur halb zur Verwirklichung kommen. Zwischen dem Handwerkskammergesetz und der Zuckersteuervorlage besteht natürlich keinerlei Zusammenhang, in dessen in einer Beziehung beginnen sich beide Materialien immer ähnlicher zu werden, nämlich in den wachsenden Bedenken, die sie gegen sich herausfordern. Graf Posadowsky hat sein Zuckersteuergesetz noch lange nicht sicher in der Tasche. Gelingt es ihm, die Einwendungen von konservativer Seite zu beschwichtigen, so kann es nur in der Weise geschehen, daß der Widerspruch von links her umso lebhafter wird. Diese konservativen Einwände stützen sich darauf, daß zwar die erhöhte Exportprämie eines Tages wieder fallen wird, daß dann aber die neuen Lasten der Kontingentierung, der Betriebs- und erhöhten Verbrauchssteuer bestehen bleiben werden. Nun ist aber eine Regelung der Materie ohne die gegenseitige Kompensation von Prämien-erhöhung auf der einen, Kontingentierung und erhöhten Verbrauchssteuern auf der anderen Seite nicht gut denkbar. Die Zuckersteuervorlage ist u. A. damit verteidigt worden, daß sie zu Gunsten der Rübenproduzenten gedacht sei und daß sie die kleinen Fabrikbetriebe gegen die größeren stützen soll. Die Antwort darauf haben beachtenswerthe landwirtschaftliche Verbände gegeben, indem sie die ihnen zugebachte Wohlthat nicht genügend zu schätzen gerufen haben. Die Proteste gegen die Vorlage sind bisher aus landwirtschaftlichen Kreisen ebensogut wie aus einem Theil der Zuckerindustrie gekommen. Die Vorlage will zuviel auf einmal und darum kann es ihren Vätern, dem Finanzminister Miquel und dem Reichsschatzsekretär, passieren, daß sie, wenn zwar Einiges, so doch nicht das bekommen, worauf sie hauptsächlich hinaus wollen.

Dem Grafen Waldersee in Altona wird der Kaiser am nächsten Montag bei der Rückkehr von der West von Blohm und Voß in Hamburg einen Besuch abstatten. — In konservativen Kreisen geht (und gilt vielleicht auch heute noch) Waldersee bekanntlich als der zukünftige Reichskanzler.

Der Verein der Spiritus-Fabrikanten in Deutschland beabsichtigt, im nächsten Jahre in Berlin eine Ausstellung zu veranstalten, um weiteren Kreisen die Vielseitigkeit der Verwendung des Spiritus zu häuslichen und technischen Zwecken vorzuführen und damit die bisherigen Verwendungsgebiete des Spiritus zu erweitern und neue zu eröffnen. Die Ausstellung soll in gleichem Maße sowohl den auf den Verbrauch und die eigene Weiterverarbeitung von Alkohol gerichteten industriellen Betrieben, als auch dem Brennereigewerbe und mittelbar der Landwirtschaft zum Nutzen gereichen. Mit Rücksicht hierauf hat der Reichskanzler zur Förderung des Unternehmens eine Beihilfe von 10 000 Mark aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt. Ein angemessener Theil dieses Betrages ist zur Bildung eines Fonds behufs Prämierung hervorragender Leistungen auf dem Gebiete der Ausstellung bestimmt.

Der Landwirtschaftsminister hat nach der „Schles. Sta.“ der Generalanwaltschaft ländlicher Genossenschaften zu Neuwed zu den ihnen aus der Gründung von Kredit-Genossenschaften in den östlichen Provinzen erwachenden Lasten für das Etatsjahr 1895/96 eine Staatsbeihilfe von 600 M. unter der Bedingung bewilligt, daß sich die zu entsendenden Agenten jedes Einritts in die von anderen Genossenschaftssystemen bezeugten Gerichte enthalten und jede Polemik mit ihnen vermeiden.

L. C. zur Charakteristik des neuen Ministers des Innern, Frd. v. d. Recke, liest die „Nation“ einen weiteren, freilich nur negativen Beitrag. Nach zufälligen Informationen, schreibt sie, scheint uns sehr wenig: Der v. d. Recke ist jedenfalls

kein Redner. — Da wäre es nachher an der Zeit, das Institut der Reichsmilitär aus der letzten Zeit des zweiten Kaiserreichs in Deutschland einzuführen.

Es gilt als wahrscheinlich, daß der Reichstag seine Feier des 25-jährigen Bestehens des Deutschen Reiches auf den 21. März, den Jahrestag seiner ersten Sitzung verlegen wird.

— **Ergebnisse der Volkszählung.** Stettin 140277 (+ 24049), Dortmund 111276, Mainz 75980, Altona 148811 (+ 5562), Jülich 13917, Heide 7895, Schleswig 17250, Hadersleben 8650, Alshausen 24113, Bitterfeld 10630, Gernitz 160243, Koburg 18493, Gotha 31631, Calbe 9626, Solingen 40882, Lauban 12648, Flensburg 40631, Elbing 45759, Bayreuth 27659 (+ 3139), Heilbronn 33465, Tübingen 13987, Sagan 13162, Spremberg 11124, Potsdam 58324 (+ 4190), Frankfurt a. O. 58828, Hildesheim 38874 (+ 5393), Weizenfels 25025, Zerbst 16855.

Im Publikum ist vielfach die Annahme verbreitet, daß es im Interesse der jungen Leute, welche sich zum Eintritt in das Marine-Kadettenkorps melden wollen, liege, wenn dieselben zuvor ihr Abiturientenexamen bestanden haben. Von manchem Gesichtspunkte aus hat diese Ansicht etwas für sich, — aber den jungen Leuten ist damit, so führt die „Nord-Deutsche Sta.“ aus, für den Fall ihrer Einstellung in die Marine faktisch wenig geboten. Als Eintrittsbedingung gilt entweder das Reifezeugnis zur Unterprima eines Gymnasiums oder Realgymnasiums, oder das Abiturientenzeugnis einer solchen Anstalt. Im ersten Falle ist die Altersgrenze auf 18 Jahre, im letzteren auf 19 Jahre festgesetzt. Es liegt nun auf der Hand, daß ein junger Mann, der das Reifezeugnis zur Unterprima besitzt und mit 17 Jahren eintritt, gegenüber dem beinahe 20jährigen Abiturienten ganz gewaltig im Nachtheile steht. Wenn beide zu gleicher Zeit eintreten, zu gleicher Zeit ihre Examen machen, befördert werden, so wird der Abiturient, der nahezu 2 Jahre länger auf dem Gymnasium zubroche, für diesen Zeitaufwand durch nichts entschädigt. Es schließen sich zwischen ihm und seinen Vordermann in der Anlehnung zweimal 70 Vordermänner ein, die er beim späteren Avancement nie wieder zu überholen vermag. Hieraus ist zu ersehen, daß es sich empfiehlt, daß die jungen Kadettenanwärter wenn möglich, so früh als möglich und zwar nur mit der Reife zur Unterprima sich zum Diensttritt melden.

Wie das Depeschen-Bureau Herold meldet, ist der aus der sozialdemokratischen Bewegung bekannte Schneidemühl Taterow verhaftet worden. Seine Verhaftung soll mit dem Zusammenbruch eines geschäftlichen Unternehmens zusammenhängen. Taterow war auch Mitglied des Vereins der sozialdemokratischen Vertrauensmänner.

Nach telegraphischer Meldung an das Oberkommando der Marine ist „Condor“ am 13. Dezember in Zanzibar eingetroffen. Der „Seeabier“ wird am 16. Dezember von Zanzibar nach Lourenco-Marques in See gehen.

W. B. Kiel, 15. Dez. Der Kaiser ist heute früh 8½ Uhr mittels Sonderzuges hier eingetroffen. Empfang fand nicht statt. Auf dem Bahnhofe meldeten sich der kommandierende Admiral Knorr, der Staatssekretär des Reichsmarineamts Vizadmiral Hollmann, der Stationschef Vizadmiral Thomsen und der Stationskommandant Oberst v. Franke. Vom Bahnhofe begab sich der Kaiser, welcher keine Admiralsuniform trug, im offenen Wagen nach dem Schloß bei der Ankunft dabeist salutierte die Schiffe „Bellin“, „Hagen“ und Friedrich Carl. Am 10 Uhr fuhr der Kaiser nach dem Exzerzierplatz zur Vereidigung der Rekruten der Marine, welcher die gesamte Admiralität, das Offizierskorps und Deputationen der Mannschaften beiwohnten. Nach der Rede des protestantischen und des katholischen Marinepredigers Dr. Rogge und Wilemann über die Bedeutung des Tages hielt der Kaiser eine Ansprache an die Rekruten, in welcher er, wie berichtet wird, die Rekruten ermahnte, den Eid heilig zu halten, der Alle verpflichte, sich einem Willen unterzuordnen, um das aufrecht zu erhalten, was die Väter geschaffen. Der Kaiser erinnerte an die vor 25 Jahren erlangten Siege, gab dem Vertrauen Ausdruck, daß die Rekruten bereit sein würden, Gleiches zu leisten, und sprach seine Freude aus über das Verhalten der Marine im Auslande und im Inlande, auch bei der Kanalseier. Die Marine möge so fortfahren. Nach Vereidigung der Rekruten dankte der Stationschef Vizadmiral Thomsen für die hohe Gnade, welche der Marine wiederum durch die Anwesenheit des Kaisers zu Theil geworden sei und schloß mit einem dreimaligen Hurrah auf den Kaiser. An die Vereidigung schloß sich ein Frühstück im Offizierskasino. — Der Kaiser stattete 1 Uhr Nachmittag den West einen anderthalbstündigen Besuch ab; er besichtigte den Kreuzer „Geler“ und das Panzerschiff „Aegir“ eingehend, unternahm einen Rundgang um die Werft und besuchte zuletzt den Hülfs „Möbe“, wo die Befragung der Kaiserinacht „Hohenoller“ untergebracht ist. Die Rückfahrt ins Schloß erfolgte gegen 3 Uhr. Später stattete der Kaiser einen Besuch im Seemannshaus ab, kehrte alsdann wieder nach dem Schloß zurück und begab sich um 5½ Uhr abermals nach der Werft, woselbst auf S. M. S. „Sachsen“ das Diner stattfand. Abends war ein Vesperabend in der Marineakademie veranstaltet.

Italien.

W. B. Rom, 14. Dez. [Deputirtenkammer.] Die Anfragen, welche die Verordnungen und andere Abgeordnete über den Ankauf ausländischen Getreides seitens des Kriegsministeriums an die Regierung richten, rufen zwei Anträge hervor: Den Antrag Caballotti auf Einleitung einer parlamentarischen Untersuchungskommission und den Antrag Succa auf eine Untersuchung durch die Behörden. Der Kriegsminister General Rocca verteidigte den Getreideankauf, zu welchem er durch das Gesetz berechtigt gewesen sei und den er unter vortheilhaften Bedingungen gemacht habe. Er werde eine weitere Untersuchung der Angelegenheit durch eine Kommission von solchen Personen veranlassen, die der Verwaltung fern stehen. Das Ergebnis der Untersuchung werde er dem Hause in etwa einem Monat vorlegen. Di Rudini erklärte, er sei nicht gegen den Kriegsminister, sondern gegen das Ministerium, welches zum Ruin der parlamentarischen Institutionen führe. (Beifall rechts, Widerspruch auf der äußersten Linken.) In Vertretung des noch nicht völlig genesenen Ministerpräsidenten Crispi erklärte der Minister Saracco, er hätte nicht geglaubt, daß die Frage einen politischen Charakter annehmen könne. Wenn beabsichtigt werde, die Vertrauensfrage aufzuwerfen, so würde diese Absicht keinen Widerstand finden. (Beifall.) Das Haus genehmigt in namentlicher Abstimmung mit 239 gegen 139 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen den Vorschlag des Kriegsministers.

Die Regierung brachte im Senat einen Gesetzentwurf ein, nach welchem die Ausnahmegesetze gegen die Anarchisten vom 19. Juli 1894 bis Ende 1896 verlängert werden sollen. In den Motiven des Entwurfs wird eine Statistik der bisherigen Anwendung der Gesetze gegeben, aus welcher sich ergibt, daß auf Grund derselben 860 Verurtheilungen erfolgt, von denen 426 auf Zwangsaufenthalt lauteten. Der Entwurf

wurde einer der Regierungsvorlage freundlich gesinnten Kommission überwiesen.

W. B. Rom, 15. Dez. Die Deputirtenkammer verbandelte heute über die Interpellationen betreffend Afrika. Zambiani, Caballotti und Boggio (radikal), Bonin, de Martino (oppositionell) und Sanguinetti (ministeriell) legten ihre Tagesordnungen ohne Zwischenfall auseinander. Der Minister der öffentlichen Arbeiten Saracco kündigte an, Crispi werde an der morgigen Sitzung der Kammer teilnehmen. Die Regierung werde unverzüglich, voraussichtlich schon morgen, einen Gesetzentwurf einbringen, durch den sie ihre Absichten über Afrika kundgeben werde. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Vermischtes.

† **Aus der Reichshauptstadt, 15. Dez.** Im Verein Berliner Volksschul-Lehrerinnen hat die Frage der Befähigung jüdischer Lehrkräfte an den Berliner Gemeindeschulen zu einer Debatte geführt. Der Gesamtvorstand hat seine Meinung niedergelegt. In der zur Neuwahl des Vorstandes einberufenen außerordentlichen Hauptversammlung am 11. d. M. zeigte sich ein scharfer Gegensatz der Meinungen. Die bisherige Vorstands- und die beiden Schriftführerinnen, die i. B. gegen die vom Verein angenommene Erklärung zu Gunsten der Anstellung jüdischer Lehrerinnen waren, wurden mit großer Mehrheit wiedergewählt; die übrigen fünf Vorstandsmitglieder scheiden aus.

Ein erschütternder Unglücksfall ereignete sich am Freitag Nachmittag um 4 Uhr im Hause An der Stadtbahn 20. Zwei Püzer eines Reinigungs-Instituts waren dort in der Wohnung des Banddirektors Herzfeld, die im dritten Stock liegt, mit dem Reinigung der Fenster beschäftigt. Der 25jährige Püzer Kräft hatte einen Stuhl auf das Fensterbrett gestellt, um so das Fenster von außen erreichen zu können. Als er mit der Arbeit fertig war und sich wieder in das Zimmer wenden wollte, kippte der Stuhl um, und der Mann fiel zum Entsetzen der Vorübergehenden rücklings auf das Straßenpflaster hinab. Er war sofort todt.

Auf dem Wege nach dem Kirchhof, wo sie das Grab ihres kürzlich verstorbenen Gatten in Begleitung ihrer elfjährigen Tochter aufsuchen wollte, wurde in Spandau am hellen Tage die Gutsbesitzerwitwe Schöndie von einem 23jährigen Menschen überfallen. Derselbe warf sie wiederholt zu Boden und suchte ihr Gewalt anzuthun. Vorübergehende hinderten die Ausführung des Vorhabens und überlierten den Wülfing der Polizei.

Ein eigenartiger Todesfall beschäftigt seit kurzer Zeit die Staatsanwaltschaft. Die 12jährige Tochter des Milchhändlers H. aus der Rannysstraße erkrankte; die Mutter begab sich zu einem ihr bekannten Droguisten in der Brangelstraße und ließ sich von diesem ein Heilmittel zurecht machen. Kaum eine Stunde nach dem Genuß des Mittels stellte sie jedoch bei dem kranken Kinde eine rasche Besserung ein. Das Kind bekam Blutungen und starb, bevor ein Arzt ihm Hilfe bringen konnte. Da der Arzt Dr. K. die Todesursache nicht feststellen konnte, so wurde die Leiche gerichtsarztlich geöffnet, und man stellte hierbei fest, daß eine Vergiftung vorlag. Der Droguist ist darauf in Haft genommen worden.

Vokales.

Boien, 16. Dezember.

× **Postwagenbrand.** Vorgestern Nacht ist auf der Station Werbig in der Nähe von Rüstern ein mit ca. 1300 Postpaketen beladener Eisenbahnwagen in Brand geraten. Von den Paketen, welche zum größten Theil nach Osten in Ost- und Westpreußen bestimmt waren, hat nur eine sehr geringe Anzahl gerettet werden können.

* **Personalien.** Dem Postdirektor Harnisch in Boien ist der Rang der Ränge 4. Klasse beigelegt worden. — Dem Oberpost-Direktionssekretär Conrad in Boien und dem königl. Rentmeister Boffart zu Krottschin wurde der Charakter als Rechnungsrath verliehen.

n. **Beistwechfel.** Das Grundstück Wilhelmstraße 17a ist für den Preis von 183 000 Mark in den Besitz des Bädermeisters M. Kowalski, Wilhelmstraße 16 übergegangen.

Aus der Provinz.

F. **Schrowo, 15. Dez.** [Erfolgreicher Protest gegen die Stadtverordnetenwahlen.] Nunmehr ist vom Bezirksauschuß zu Bolen die Nachricht eingegangen, daß die in der dritten Abtheilung hier im April cc. gewählten Stadtverordneten nicht bestätigt werden können, weil der gegen die Wahl eingelegte Protest als begründet erachtet worden ist. Die im November v. J. nämlich vollzogenen Wahlen von 4 Stadtverordneten dieser Abtheilung mußten z. B. von der Stadtverordneten-Versammlung hieselbst wegen eines Formfehlers bei denselben als unzulässig erklärt werden. Es wurden daraufhin Neuwahlen im Februar cc. vorgenommen. In derselben hatte keiner der Kandidaten die absolute Majorität, weshalb eine Stichwahl erfolgen mußte. Nach der Städteordnung ist zur Vornahme derselben eine Frist von 8 Tagen zulässig. Durch ein Versehen des Vorsitzenden des Wahlvorstandes ist diese Frist indes verabsäumt worden. Derselbe glaubte in Folge dessen eine Neuwahl vornehmen zu müssen. In derselben stiegten im April die Deutschen über die Bolen, während bei der Stichwahl meist polnische Kandidaten in Frage gekommen wären. Nun wurde polnischseits gegen obige Maßnahme resp. Wahl Einspruch erhoben mit der Begründung, daß die Stichwahlkandidaten doch wegen des Verlebens des Wahlvorstandes nicht ihr Recht einbüßen können; die Stadtverordnetenversammlung hatte jedoch die Wahl als gültig erklärt, die dagegen eingelegte Berufung beim Bezirks-Ausschuß hatte den bereits erwähnten Erfolg. Es wird sich nun fragen, ob die Stadtverordneten-Versammlung sich hierbei beruhigen, oder nicht ebenso, wie dies in der ersten Abtheilung geschehen, beim Ober-Verwaltungsgericht Berufung einlegen wird.

rt. **Jarotichin, 14. Dez.** [Unglücksfall. Erfolgreicher Protest.] In Botaryce stürzte die Wölbung eines neuen Gebäudes ein und verletzten den Bolter und einen Arbeiter schwer. Die Arbeiten wurden von einem Baumeister aus Bleschen ausgesetzt. — Wie bereits gemeldet, waren die Herren Souanne-Mallin, Bede-Ruckow und Götz-Schorsow zu Mitgliedern der Landwirtschaftskammer seitens der Kreise Jarotichin-Bleschen gewählt worden. Der gegen dieses Wahlergebnis seitens der Bolen eingelegte Protest ist nunmehr insoweit seitens der Aufsichtsbehörde als begründet erachtet worden, als die Wahl des Herrn Souanne in Folge eines Formfehlers für ungültig erklärt und an seiner Stelle der Rittergutsbesitzer v. Schlupowski-Megocin als Mitglied ernannt wurde.

* **Schneidemühl, 15. Dez.** [Von der Volkszählung Feuer.] Das Resultat der letzten allgemeinen Volkszählung ist in unserer Stadt folgendes: Es wurden gezählt 995 Wohnhäuser, 8 andere bewohnte Bauwerke, 3275 Haushaltungen von 2 und mehr Personen, 68 Haushaltungen einzelner lebender Personen, 20 Anstalten, 8843 männliche Personen, darunter 665 aktive Militärpersonen, 8390 weibliche Personen, zusammen also 17 038 Seelen. — Am Freitag Abend brach auf Abban Erpel in einer Scheune des Eigentümers Guffig Feuer aus, welches diese

Wie auch zwei Ställe gänzlich einäscherte. Das Feuer gab einen so hellen Schein, das man glaubte, es sei in unmittelbarer Nähe der Stadt, was auch die freiwillige Feuerwehr zum Ausrücken veranlaßte.

a. Suowrazlau, 15. Dez. [Resultat der Volkszählung.] Die diesjährige Volkszählung hat für unsere Stadt festgestellt, daß wir jetzt 20.641 Einwohner, darunter 11.079 männliche und 9.562 weibliche, und zwar 18.580 Civil- und 2.061 Militärpersonen zählen. Bei der Zählung im Jahre 1890 wurden 14.722 Civil- und 1.728 Militärpersonen gezählt. Die Zunahme beträgt demnach im Ganzen 4.191 Personen.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 15. Dez. Der „Vol.-Anz.“ meldet aus Hamburg unterm 14. d. M.: Der Dampfer „Harraton“, von Hamburg nach Sunderland unterwegs, hobte die englische „Sma“, „Ucal“ in Grund. 8 Personen ertranken.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Brüssel unterm 14. Dez.: Von allenthalben werden neue furchtbare Seestürme und Ueberschwemmungen gemeldet. Im Antwerpener Hafen sind mehrere Schiffe beschädigt, in Ostende wird der Untergang von zwölf Fischerbooten befürchtet. — In Yvoir stürzte die Maasbrücke ein, drei Personen ertranken.

Das „Petite Journal“ meldet aus Paris: Die Akademie der schönen Künste. Sektion für Bildhauer, wählte Reinhold Wegas zum korrespondierenden Mitgliede.

Köln, 14. Dez. Hier überfielen drei erwachsene Söhne ihren alten, im Bette liegenden Vater, brachten ihm tödliche Verletzungen bei, raubten einen größeren Geldbetrag und entflohen. Einer der Verbrecher wurde alsbald ergriffen und ins Polizeigefängnis gebracht. Dort erhängte er sich.

Köln, 15. Dez. Wie die „Kölnische Volksztg.“ meldet, stürzten Sonnabend 16 Mann mit 8 Koffern von der Kuppel der Kanalbrücke ins Wasser; 4 Personen sind ertrunken.

Staffelstein, 15. Dez. Heute fand hier beifalls Eröffnung eines Schiefel-Denkmal auf dem Staffelsberge eine aus Koburg, Bamberg, Lichtenfels und Staffelstein zahlreich besuchte Versammlung statt. Es wurde die Gründung eines Central-Komitees mit dem Sitze in Staffelstein und Filialen in ganz Deutschland beschlossen. Für das Denkmal liegen sieben Entwürfe vor.

Sondershausen, 14. Dez. Der Landtag nahm den Staatsvertrag über die Herstellung der Eisenbahn Mülhausen-Gebelen an und lehnte die Abänderung des Wahlgesetzes, Vermehrung der Abgeordneten um drei, sowie den Antrag auf die Einführung geheimer Wahlen ab.

Jena, 15. Dezember. Zur Feier des bevorstehenden 100. Geburtstages Leopold v. Ranke's fand gestern Abend im Saale des Deutschen Hauses eine feierliche Versammlung statt, zu welcher zahlreiche Professoren, Mitglieder der Oberlandesgerichts, viele Studierende und andere Teilnehmer erschienen waren. Nach einer einleitenden Ansprache des Vorsitzenden, Selzer, und nach Gelang folgte die Festrede des Professors Lorenz. Hieran schlossen sich weitere Ansprachen und Gefänge. Aus Ranke's Geburtsort Wiehe war der Bürgermeister Ramradt anwesend. Der Sohn v. Ranke's, Prof. v. Ranke, und der Schwiegersohn hatten Schreiben geleitet.

Hamburg, 14. Dez. Im hamburgischen Staate betrug nach dem vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung am 2. d. M. die Zahl der ortsanwesenden Bewohner 678.894; davon entfielen auf die Stadt 622.745 und auf das Landgebiet insgesammt 56.149.

Wandsbeck, 14. Dez. Das hannoversche Husaren-Regiment Nr. 15 beging gestern Abend seine Erinnerungsfeste an den Krieg von 1870/71. An dem zu diesem Zweck veranstalteten Festkommers nahmen viele Veteranen, ehemalige Offiziere und Angehörige des Regiments theil. Der Kommandeur des Regiments, Oberstleutnant v. Hirschfeld, hielt die Begrüßungsrede.

Wien, 14. Dez. Nach amtlicher Bekanntmachung wird die Wehrzahl der Landtage am 28. d. Mts., andere werden in der Zeit zwischen dem 2. bis 11. Januar t. J. einberufen werden.

Wien, 14. Dez. Der „Wiener Btg.“ zufolge ernannte der Kaiser den Fürsten Georg Slobodskoi zum Oberbefehlshaber von Böhmen, den Landtagsabgeordneten Lipert zu dessen Stellvertreter, den Grafen Anton Brandis zum Landeshauptmann von Tirol, Dr. Heppner zum Stellvertreter, den Grafen Franz Coronini zum Landeshauptmann von Görz und Gradiska und Anton Gregoric zum Stellvertreter.

Wien, 15. Dez. Die aus 220 Köpfen bestehende ruthenische Massendeputation, welche hier eingetroffen ist und beim Kaiser Audienz nehmen will, um gegen Wahlbedrückungen durch die Polen Beschwerde zu führen, wurde heute Vormittag vom Grafen Badeni freundlich empfangen. Letzterer theilte der Deputation mit, daß der Kaiser morgen eine aus 10 Personen bestehende Abordnung der Deputation empfangen werde.

Budapest, 14. Dez. Der „Magyar Ország“ meldet: Im Auftrage der französischen Regierung ersuchte der französische Generalallonix Tarenne die Oberstadthauptmannschaft, den von Arton in einem hiesigen Hotel zurückgelassenen Koffer mit Schlüssel zu belegen. In dem Koffer wurde ein Paket mit Schriften, größtentheils Handelskorrespondenz Artons, gefunden, die nichts Kompromittirendes enthielten. Außerdem wurde ein Theil der Geheimnisse Artons mit dem Generalallonix abhändigt gefunden. Die Schrift überging dem Generalallonix abhändigt gefunden. Die Schritte beifalls Herausgabe der Originale einleiteten.

Budapest, 14. Dez. Der Ackerbauminister Daranyi und der Handelsminister Daniel begaben sich heute nach Wien. Der Ministerpräsident und der Finanzminister werden sich nicht vor Januar nach Wien begeben.

Budapest, 15. Dez. Gestern fand hier im Festsaal des Schriftstellers der Konstitution des Vereins ungarischer Friedensfreunde statt.

Rom, 14. Dezember. Das „Giornale militare ufficiale“ veröffentlicht ein Dekret, durch welches die Urlaubsklasse des Jahrgangs 1873 einberufen wird. — Die „Italia militare“ meldet, daß es als sicher gelte, daß nach der bevorstehenden, bereits angekündigten Abreise von 5 Bataillonen und 2 Gebirgsbatterien nach Afrika noch 4 Bataillone und wahrscheinlich noch 2 Feldbatterien dorthin abgehen werden.

Der Kreuzer „Struria“ ging heute von Smyrna nach Massauah ab.

Weidung der „Agenzia Stefani“ aus Massauah. Der Kommandant des Forts Makalle Major Galliano meldet, daß am 11. d. M. Abends die Ergänzungsarbeiten an den Befestigungsanlagen beendet waren; die Stimmung der Besatzung sei eine sehr gehobene. Das Verhalten der Schoaner lasse einen Angriff unwahrscheinlich erscheinen. Ein Eingeborener, welcher unversehrt aus Amba-Madji zurückgekommen ist, berichtet, er habe dem von Ras Malonen angeordneten Leichenbegängnis des Majors Tolelli beigewohnt. Den letzten Nachrichten zufolge wären die Schoaner noch nicht in Sicht von Makalle.

Rom, 15. Dez. Wie die „Agenzia Stefani“ aus Massauah von heute meldet, schrieb Lieutenant Scala, der am Kampfe bei Amba-Madji theilgenommen hatte, er werde von Ras Malonen gefangen gehalten und gut behandelt, es wären noch mehrere andere Italiener wohlbehalten im Lager der Schoaner, deren Namen man aber nicht kenne. Nach den letzten Mittheilungen war das Gros der Feinde noch nicht über Matmejahi (?) hinausgekommen. General Arimondi begibt sich nach Massauah, um Anordnungen für die Ankunft der aus Italien nachkommenden Truppen zu treffen.

Petersburg, 15. Dez. Der Gouverneur von Libland, Generalleutnant Sinowjew, ist gestern Abend in Gatchina auf der Reise von Petersburg nach Riga plötzlich gestorben.

Batum, 14. Dez. Der Großfürst Thronfolger ist gestern hier eingetroffen und begab sich an Bord des Dampfers der freiwilligen Flotte „Petersburg“, welcher mit demselben ins Ausland abging.

Brüssel, 14. Dez. Der „Indépendance belge“ zufolge beharrt der Kriegsminister General Brassine trotz der Bitten seiner Ministerkollegen auf seiner Demission, wodurch die Stellung des Ministeriums de Burlet bei der Krone, welche dringend die Durchführung der Heeresreform fordert, erschüttert ist. Graf Merode verließ bereits das Kabinett aus gleichem Anlaß. Die Entscheidung der Ministerkrise wird heute erwartet, da de Burlet in den Königspalast berufen wurde.

Paris, 14. Dez. Nach einer Depesche des Generals Duchesne aus Tananaribo vom 6. d. sind die Unruhen, welche aus dem Südwesten von Tananaribo gemeldet waren, mit Nachdruck unterdrückt worden; die madagassische Regierung gewährte hierbei ihre eifrigste Unterstützung.

Paris, 14. Dez. Dem Verlangen Ribots entsprechend, beschloß der Ministerrath sofort eine gerichtliche Untersuchung eröffnen zu lassen, um die Art und Weise zu erfahren, in welcher der von dem damaligen Ministerpräsidenten Ribot mit der Verhaftung Artons beauftragte Agent sich seiner Aufgabe entledigte.

Paris, 15. Dez. Das Blatt „Petite République“ meldet, der Kriegsminister Cavaignac beabsichtigte, im Jahre 1896 die Zahl der Infanterie-Regimenter und Bataillone an der Ostgrenze zu vermehren.

Tournaï, 14. Dez. In Folge des in der hiesigen Kaserne ausgebrochenen Typhus sind 2 Eskadrons des ersten Jäger-Regiments der Garnison von Beverloo überwießen worden.

Madrid, 14. Dez. Graf Tejada Balboa, bisher Gouverneur der Bank von Spanien, ist zum Justizminister und Finanzminister, bisher Präsident des Staatsraths, zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannt worden. Die neuen Minister werden heute Abend vereidigt werden.

Madrid, 14. Dez. Der frühere Finanzminister Garcia Barzanallana ist zum Gouverneur der Bank von Spanien ernannt worden.

Savannah, 15. Dez. Ein Trupp von 800 Aufständischen unter dem Befehl von Rodriguez Lopez und Recio überfiel eine Kolonne von 72 Soldaten, die von dem Hauptmann Borrego und dem Lieutenant Ardieta geführt wurde, bei dem Dorfe Minas zwischen Nuevitas und Puerto Principe. Trotz heftigster Vertheidigung verloren die Spanier 1 Lieutenant und 29 Mann; 8 Mann wurden verwundet. Einem Hauptmann und 4 Soldaten glückte es zu entkommen. Der Rest der Kolonne wurde gefangen genommen. Die Rebellen verhindern die Erntearbeiten in Cimaguey.

London, 14. Dezember. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Konstantinopel: Ein neues Traktat des Sultans befiehlt die schonungslose Verfolgung und strengste Bestrafung derjenigen, die sich schuldig machten der Plünderung, des Raubes von Hausthieren, des Mordes, der Brandstiftung und anderer Missethaten. Die Truppen sollen Unordnungen mit Waffengewalt niederdrücken. Diejenigen Personen, welche Waffen tragen, sollen nach dem Kriegrecht abgeurtheilt werden.

London, 14. Dez. Das „Reuter'sche Bureau“ erzählt, daß die Angabe der Begründung entbehre, wonach die Mächte an Japan die peremtorische Forderung gerichtet hätten, Korea zu räumen. Den Japanern liege selbst sehr daran, möglichst wenig Truppen in Korea zu haben; sie hätten lediglich eine genügende Mannkraft zur Bewachung der Verbindungslinie mit Taotung dort gelassen. Nach Vollendung der Räumung dieser Halbinsel, welche gegenwärtig erfolge, werde diese Nothwendigkeit entfallen.

Konstantinopel, 13. Dezember. Gestern wurden 300 Armenier in ihre Heimath befördert. — Sämtliche Botschafter stellten sich dem Kaiser ab. — Privatmeldungen aus Divrek (?) und Karpuz melden, daß eine Anzahl Armenier zum Islam übergetreten ist.

Konstantinopel, 14. Dez. Der russische Botschafter v. Neidow ist gestern vom Sultan in Audienz empfangen worden.

Belgrad, 15. Dez. Wegen Anfertigung falscher österreichischer 50-Guldennoten auf photographischem Wege wurde ein Beamter des Handelsministeriums, Michailowicz, und dessen Bruder, der Photograph Michail Michailowicz, verhaftet.

Girschberg (Schlesien), 16. Dez. In Bad Glinzberg ist das Kurhotel heute vollständig niedergebrannt.

London, 16. Dez. Lord Salisbury lehnte im öffentlichen Interesse es ab, eine Deputation armenischer Christen zu empfangen.

Lissabon, 16. Dez. Im hiesigen Hafen stieß der von Philadelphia kommende Dampfer „India“ mit dem Dampfer „Zamora“ zusammen, wobei das Wasser rasch eindrang; infolgedessen gelang es, die Kellern zu landen, ehe das Schiff eingeschleppt wurde.

Konstantinopel, 16. Dez. Das zweite russische Stationskassirer ist eingetroffen.

Sofia. Die hiesige berufene Versammlung der macedonischen Vereinigung hat heute ihre Beratungen begonnen.

Handel und Verkehr.

r. In der Generalversammlung der Aktionäre der Posener Spirituallgesellschaft, in welcher 1206 Aktien mit 237 Stimmen vertreten waren, wurde beschlossen, dem Vorschlage des Aufsichtsraths und des Vorstandes gemäß eine Dividende von 15 Proz. für den Zeitraum von 15 Monaten zu verteilen.

rag von 86.775,86 Mark auf ordentliche und außerordentliche Abschreibungen zu verwenden.

Die ausstehenden Aufsichtsrathsmitglieder, Königl. Bankdirektor a. D. Herr Grabenstien-Berlin und Hauptmann a. D. und Rittergutsbesitzer Herr Raumann-Mitteleben wurden wiedergewählt.

Dem Antrage der Verwaltungsgemeinschaft gemäß wurde ferner die Erhöhung des Aktienkapitals um 600.000 M. beschlossen, wovon 500.000 M. den alten Aktionären zum Kurse von 140 Proz. zum Bezuge angeboten werden sollen. Die Kapitalerhöhung geschieht zum Zwecke der Erweiterung des Geschäftskreises der Gesellschaft. Sämtliche Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

**** Wien, 14. Dez.** Ausweis der österr.-ungar. Staatsbahn (österreichische Reichsbahn) vom 1. bis 10. Dez. 716.977 Fl., Mindereinnahme gegen den entsprechenden Zeitraum des vorigen Jahres 47.195 Fl.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

im Dezember 1895.				
Datum	Barometer auf 0	Wind	Wetter	Temp.
Stunde	Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe			i. Cel.
14. Nachm. 2	746,1	SD mäßig	bedeckt	+ 0,6
14. Abends 9	747,8	SD mäßig	bedeckt	+ 0,4
15. Morgs. 7	748,1	D mäßig	bedeckt	+ 0,7
15. Nachm. 2	746,8	D schwach	bedeckt	+ 1,4
15. Abends 9	744,9	D schwach	bedeckt	+ 1,6
16. Morgs. 7	744,5	SD leicht	bedeckt	+ 2,0

¹⁾ Den Tag über Nebel; Abends schwacher Regen (0,25 mm.)
²⁾ Nebel.
Am 14. Dezbr Wärme-Maximum + 3,2° Cel.
Am 14. = Wärme-Minimum — 0,0° „
Am 15. = Wärme-Maximum + 1,7° „
Am 15. = Wärme-Minimum + 0,3° „

Wasserstand der Warthe.

Posen am 14. Dez.	Mittags	1,04 Meter
15. =	Morgens	1,08
16. =	Morgens	1,10

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

Berlin, 14. Dez. An der Börse waren heute Anfangs Diskontokommandit-Antheile höher gefragt auf das so häufig schon und auch heute wieder verbreitete Gerücht von einem Verlaufe des Botanischen Gartens Seitens des Instituts. Die anderen Bantaktien gingen indeß nur mäßig mit und Dresdener Bank waren sogar später ausgesprochen flau, da ein Gerücht von einer Londoner Insolvenz, an der das Institut theilhaftig sei, scharfe Abgaben in den Aktien bewirkte. Von zuhänfliger Seite wurde dasselbe übrigens demittirt. Auch in Montanaktien versuchten einige Hauspekulanten den Hebel anzulegen, indem man auf ein zu erwartendes günstiges Jahresresultat der Donnersmardhütte und auf die heute bekannt gewordenen Ergebnisse der Hibernia-Gesellschaft hinwies. Die letzten befriedigenden Meldungen vom Kohlen-Syndikat konnten ebenfalls verwertet werden, doch war der Erfolg im Ganzen nur ein beschränkter, was wiederum auf die allgemeine Zurückhaltung, auf das Fehlen des laufenden Publikums und zum Theil auch auf den ungünstigen amerikanischen Eisenbericht (s. separat) zurückzuführen war. Die westlichen Börsen verliefen gleichfalls sehr still und selbst die spätere erneute Verbilligung des Privatdiskonts übte keine nennenswerthe Wirkung aus. Bank-Aktien zeigten sich mit Ausnahme der erwähnten zwei Bewegungen recht still. Desgleichen deutsche und die Mehrzahl der fremden Bahn-Aktien, schwizerische lagen fester. Fremde Fonds bewährten ziemlich festen Stand; argentinische fest. Montanwerthe mäßig gebessert. Am Kassamarkt waren höher: Frankfurter Güterbahn, Alfeld-Gronau Papierfabrik, Allgem. Elektr.-Gesellschaft, Berliner Elektr.-Werke, Berliner Mörtelwerke, Bolle Weiskopf, Bueke, Concordia Spinnerei, Deutsche Gasglühlicht-Gesellschaft, Deutsche Metallpatronenfabrik, Löwe u. Co., Schering, Sed. Nübelbau, Varziner Papierfabrik, Wipreder Bergwerk, Concordia Bergwerk, Konsolidation, Dannenbaum, Donnersmardhütte, Eichweller, Privatdiskont 3 1/2 Proz. (N. 3.)

Breslau, 14. Dez. (Schlußkurse.) Befestigt.
Neue 3proz. Reichsanleihe 99,40, 3 1/2proz. L.-Pfundbr. 100,25, Konf. Türl. 19,00, Türl. Voss 105,25, 4proz. ung. Goldrente 102,30, Bresl. Diskontobank 123,85, Breslauer Wechselbank 107,50, Kreditaktien 229,75, Schles. Bankverein 128,00, Donnersmardhütte 142,00, Stöber Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 155,50, Oberschl. Eisenbahn 72,25, Oberschl. Portland-Zement 115,50, Schles. Zement 176,00, Oppeln. Zement 123,75, Rampla 140,00, Schles. Zinkaktien 198,25, Laura-Hütte 142,85, Beroln. Delfabr. 88,00, Deisterrelch. Banknoten 168,25, Russ. Banknoten 218,75, Giesl. Cement 108,75, 4proz. Ungarische Kronenanleihe 98,30, Breslauer elektrische Straßenbahn 189,95, Caro Gegenleibt Aktien 94,10, Deutsche Reichsbahn —, Breslauer Spiritfabrik 131,50, Leipziger Elektrische Straßenbahn 149,00.

London, 14. Dez. (Schlußkurse.) Fester.
Engl. 2 1/2proz. Consols 106 1/2, Preuss. 4proz. Consols —, Italien. 5proz. Rente 85 1/2, Lombarden 9, 4proz. 1889 Russen (II. Serie) 100 1/2, lomb. Türl. 18 1/2, österr. Silber —, österr. Goldrente —, 4proz. ung. Goldrente 101 1/2, 3proz. Spanier 65 1/2, 4 1/2proz. Egypter 99 1/2, 4proz. unfr. Egypter 102 1/2, 3 1/2proz. Tribut-Anl. 93 1/2, 6proz. Mexaner 90 1/2, Ottomanbank 12, Casnaba Pacific 55 1/2, De Beers neue 24 1/2, Rio Tinto 15 1/2, 4proz. Rupees 59 1/2, 6proz. fund. arg. 74 1/2, 5proz. arg. Goibankle 7 1/2, 4 1/2proz. arg. do. 47, 3proz. Reichsanl. 93, Griech. 81 1/2, Anleihe 29, do. 87er Monopol-Anleihe 30 1/2, 4proz. Griechen 1889er 25 1/2, Bral. 89er Anl. 69 1/2, 5proz. Weibern de Min. 76, Neue Mexan. Anleihe von 1893 87 1/2, Privatdiskont 1/2, Silber 30 1/2, Anatolier 88 1/2, Chinesen 107, 6proz. Chinesen (Charterd Bank-Anleihe) 109 1/2, 3proz. ung. Goldanl. —.

Paris, 14. Dez. (Schlußkurse.) Dehauptet.
3proz. amorph. Rente —, 3proz. Rente 101,45, Italien. 5proz. Rente 85,80, 4proz. ung. Goldrente 102,50, III. Egypter. Anleihe —, 4proz. Russen 1889 —, 4proz. unfr. Egypter 103,10, 4proz. span. Anl. 64 1/2, lomb. Türl. 18,82 1/2, Türl. Joole 95,60, 4proz. Türl. Prioritäts-Obligationen 1890 430,00, Franzosen 780,00, Lombarden —, Banque Ottomane 548,00, Banque de Paris 761,00, Bana. d'Escompte —, Rio Tinto-A. 392,50, Euxtanal-A. —, Cred. Lyonn. 753,00, B. de France —, Tab. Ottom. 407,00, Wechsel a. dt. Pl. 122 1/2, Londoner Wechsel 1. 25,22 Chg. a. London 25,23 1/2, Wechsel Amsterdam 1. 205,81, do. Wien 1. 205,25 do. Madrid 1. 418,00, Meridional-A. 597,00, Wechsel a. Italien 7 1/2, Robinson-A. 240,00, Portugiesen 25,87 1/2, Portug. Tabak-Obligation 461,00, 4proz. Russen 65,60, Privatdiskont 1 1/2.

Frankfurt a. M., 14. Dez. (Effekten-Sozialität.) (Schluß.)
Generalk. Kreditaktien 310 1/2, Franzosen 307 1/2, Lombarden 86, Angar. Goldrente —, Gotthardbahn 166,10, Diskontokommandit —.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Deder u. Co. (A. Köstel) in Posen.